Verantwortung für Deutschland

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD
zur 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages im Spiegel der
Grundsätze der Senioren-Union der CDU (aus 2018) und der
Anträge der 19. Bundesdelegiertenversammlung 2023

Zusammengestellt von Claus Bernhold, stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union

(Zeilennummerierung mit Text *kursiv* gem. Koalitionsvertrag, zusätzliche Hervorhebungen = redaktionell, roter Text = Kommentare des Verf.)

Zum Einstieg:
Es musste von vornherein klar sein, dass wir als CDU/CSU unser Wahlprogramm mit den darin enthaltenen Ankündigungen und Versprechen nur dann umsetzen können, wenn die Wahlergebnisse entsprechend ausfallen.
Das Ergebnis und die daraus resultierenden – der aktuellen weltpolitischen Lage und dem Koalitionszwang geschuldeten – Kompromisse sind bekannt.

Die nachfolgende (unvollständige!) Darstellung von Forderungen der Senioren-Union und deren Erfüllung bzw. Aufnahme in den Koalitionsvertrag soll aufzeigen, was erreicht wurde und was zu tun bleibt.

Es wäre nicht zielführend, jetzt in den allgemeinen Chor der Kritiker, Pessimisten, Miesmacher und „Schlechtreder“ einzustimmen: Die neue Regierung und insbesondere unsere CDU-Führungskräfte werden nun an die Arbeit gehen und das Mögliche durchsetzen. Diese Chance sollten wir als Senioren-Union solidarisch und aktiv unterstützen.
Und immer daran denken: Wir sind ab sofort nicht mehr Opposition, sondern R e g i e r u n g und werden diese kritisch, aber konstruktiv begleiten.

Zur Sache:
Was haben wir als Senioren-Union gewollt ? Was haben wir erreicht?

1. **Senioren-Union: Aufnahme des Begriffes „Lebensalter“ in Art. 3 (3) GG**

   Weder in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (dort Ablehnung), noch im Wahlprogramm oder im Koalitionsvertrag erwähnt.

2. **Senioren-Union: Herstellung und Bevorratung von Arzneimitteln und Medizinprodukten in Deutschland und Europa**

   Koalitionsvertrag *184 ff*
   *Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Produktion von **Arzneimitteln**, Wirkstoffen und **Medizinprodukten** werden wir weiter verbessern und dazu die **Nationale Pharmastrategie** weiterentwickeln.*

   Hier müssen wir als Senioren-Union die tatsächliche Entwicklung und Verwirklichung beobachten. Nicht nur die Auswertungen der CORONA-Pandemie haben große Mängel aufgedeckt. Auch die regelmäßige „Nichtverfügbarkeit“ vieler wichtiger Arzneimittel und Medizinprodukte ist ein warnendes Menetekel.

3. **Senioren-Union: Altersversorgung sichern, Flexibler Renteneintritt, Verdienst nach Renteneintritt steuerfrei, Witwenrente anpassen, Mütterrente erweitern**

Koalitionsvertrag *587 ff*
Wir werden die Alterssicherung für alle Generationen auf verlässliche Füße stellen. Deshalb werden wir das ***Rentenniveau bei 48 Prozent gesetzlich bis zum Jahr 2031 absichern****. Die Mehrausgaben, die sich daraus ergeben, gleichen wir mit Steuermitteln aus. Am Nachhaltigkeitsfaktor halten wir grundsätzlich fest. Nur eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, eine hohe Beschäftigungsquote und eine angemessene Lohnentwicklung ermöglichen es, dies dauerhaft zu finanzieren.*
…
Zum ***01.01.2026 wollen wir die Frühstart-Rente*** *einführen. Wir wollen für jedes Kind vom sechsten bis zum 18. Lebensjahr, das eine Bildungseinrichtung in Deutschland besucht, pro Monat zehn Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot einzahlen. Der in dieser Zeit angesparte Betrag kann anschließend ab dem 18. Lebensjahr bis zum Renteneintritt durch private Einzahlungen bis zu einem jährlichen Höchstbetrag weiter bespart werden. Die Erträge aus dem Depot sollen bis zum Renteneintritt steuerfrei sein. Das Sparkapital ist vor staatlichem Zugriff geschützt und wird erst mit Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt.*

Die Senioren-Union hat die Frühstartrente im Wahlkampf begrüßt . und als richtiges, zukunftsweisendes Projekt unterstützt. Für jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr, das eine Bildungseinrichtung in Deutschland besucht, sollen pro Monat zehn Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot fließen. Wenn man erwachsen ist, soll man privat weiter einen bestimmten Betrag einzahlen können. Die Erträge aus dem Depot sollen bis zum Renteneintritt steuerfrei sein – ausgezahlt wird das Geld allerdings erst im Rentenalter.
…
Koalitionsvertrag
Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird auch künftig möglich bleiben. *Gleichzeitig schaffen wir zusätzliche finanzielle Anreize, damit sich freiwilliges längeres Arbeiten mehr lohnt. Statt einer weiteren Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters wollen wir* ***mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente****. Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit. Arbeiten im Alter machen wir mit einer Aktivrente attraktiv.* ***Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei.*** *… Darüber hinaus verbessern wir die Hinzuverdienstmöglichkeiten bei der Hinterbliebenenrente. Wir prüfen, wie wir die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentnerinnen und Rentner in der Grundsicherung im Alter verbessern.*

Mit der Einführung der Aktivrente wurde im Grundsatz eine Forderung der Senioren-Union erreicht. Allerdings hatten wir verlangt, die anfallenden Bezüge in voller Höhe steuerfrei zu stellen. Die Aktivrente verfolgt zwei Ziele: Aktiv-Rentner erhalten nicht nur mehr Leistungen, sondern zahlen auch länger in die Rentenversicherung ein. Die Renten-Welle der Babyboomer soll damit abgesichert werden. Gleichzeitig soll die Aktivrente durch Aufhebung des sogenannten Vorbeschäftigungsverbots ermöglichen, dass Senioren leichter zu ihrem ehemaligen Arbeitgeber zurückkehren können. Auch die Hinzuverdienstregel im Rentenalter soll angepasst werden – mit Blick auf die Hinterbliebenenrenten (Witwenrente).
Gleiches gilt auch für Rentner, die Grundsicherung beziehen.

Nach bisheriger Kenntnis ist Start der Aktivrente zum 1.1.2026 vorgesehen. Zu den Modaltäten ist noch einiges zu klären.

Koalitionsvertrag 635 ff
Wir werden die Mütterrente mit drei Rentenpunkten für alle vollenden – unabhängig vom Geburtsjahr der Kinder –, um gleiche Wertschätzung und Anerkennung für alle Mütter zu gewährleisten. Die Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln, weil sie eine gesamtgesellschaftliche Leistung abbildet.

Diese Erweiterung des Rentenanspruchs erfüllt ebenfalls eine Forderung der Senioren-Union, die allerdings insbesondere durch Unterstützung der Senioren-Union der CSU und der CSU als Partei zustande kam. Die Mehrausgaben, die sich daraus ergeben, fallen nicht der Rentenkasse zur Last, sondern werden aus Steuermitteln bezahlt.

4. **Senioren-Union: Altersgerechtes - Barrierefreies Wohnen**

Koalitionsvertrag 767 ff
*Investitionen in den sozialen Wohnungsbau werden schrittweise deutlich erhöht, in diesem Rahmen werden die Mittel für Junges Wohnen verdoppelt und **Mittel für barrierefreies, altersgerechtes Wohnen** zur Verfügung gestellt.*

Die Entwicklungen zu dieser Thematik werden wir weiterverfolgen müssen. Besonders der Bau und die Rehabilitierung altersgerechter Wohnungen muss im Blickfeld bleiben.

5. **Senioren-Union: Bezahlbare Energie- und Heizkostenpreise**

Koalitionsvertrag 955 ff
Wir wollen Unternehmen und Verbraucher in Deutschland dauerhaft um mindestens fünf Cent pro kWh mit einem Maßnahmenpaket entlasten. Dafür werden wir als Sofortmaßnahme die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß senken und Umlagen und Netzentgelte reduzieren.

Abwarten, dran bleiben….

6. **Senioren-Union: Ladestrukturen für E-Mobilität ausbauen**

Koalitionsvertrag 886 ff
*Den **flächendeckenden Ausbau von Pkw- und Lkw-Ladeinfrastruktur treiben wir voran** und erhöhen die Förderung. Das Laden an Betriebshöfen und Depots beziehen wir ein. Bei öffentlichen Ladesäulen sorgen wir für Preistransparenz und technische Vereinheitlichung. Wir machen Deutschland zum Leitmarkt für autonomes Fahren und werden mit den Ländern Modellregionen entwickeln und mitfinanzieren.*

Entspricht Forderungen der Bundesdelegiertenversammlung 2023

7. **Senioren-Union: Kein Wahlrecht ab 16**

Koalitionsvertrag 4512 ff
Wir wollen eine Wahlrechtskommission einsetzen, die die Wahlrechtsreform 2023

evaluieren und im Jahr 2025 Vorschläge unterbreiten soll, wie jeder Bewerber mit Erststimmenmehrheit in den Bundestag einziehen kann und der Bundestag unter Beachtung des Zweitstimmenergebnisses grundsätzlich bei der aktuellen Größe verbleiben kann. Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren soll dann unverzüglich eingeleitet werden. ***Dabei soll auch geprüft werden****, wie die gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen im Parlament gewährleistet werden kann und* ***ob Menschen ab 16 Jahren an der Wahl teilnehmen sollten.***

Es gibt eine große Zahl von Stimmen in der Senioren-Union, die sich gegen die Herabsetzung des Wahlrechts auf 16 Jahre einsetzen und die auf die Wahlergebnisse für extreme rechte und linke Strömungen aus dieser Bevölkerungsgruppe verweisen.

8. **Senioren-Union: Kernfusion als Option zur Energieversorgung beibehalten**

Koalitionsvertrag 2523 ff
Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung: Wir bringen neuartige Klimatechnologien voran. Wir bauen die Forschung im Bereich Photovoltaik, Windenergie, Geothermie, Wasserstoff sowie Speichertechnologien wie zum Beispiel Batterien aus. Wir wollen die ***Fusionsforschung*** *stärker fördern. Unser Ziel ist: Der erste* ***Fusionsreaktor*** *der Welt soll in Deutschland stehen*.

Kernenergie kommt im Koalitionsvertrag nicht vor, Ablehnung durch SPD.

9. **Senioren-Union: Keine Altersdiskriminierung, Ältere Generation nicht digital abhängen**

Koalitionsvertrag 2224 bzw. 3280 ff
Der souveräne, sichere und kritische Umgang mit digitalen Tools und Medien steigert die Resilienz unserer Gesellschaft, die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir starten deshalb eine ***altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive****. Hierfür nutzen wir die Vielfalt von Start-ups, Wirtschaft, öffentlichen Bildungsträgern und Sozialverbänden, um innovative und nachhaltige Angebote für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. In einer zunehmend vernetzten Welt gewährleisten wir allen die digitale Teilhabe und stärken die* ***Barrierefreiheit****. Wir bekämpfen Diskriminierung im digitalen Raum und schützen digitale Grundrechte. Grundsätzlich sichern wir die Vertraulichkeit privater Kommunikation und Anonymität im Netz.*
…
Seniorenpolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe. In einer Zeit tiefgreifenden Wandels bringen ältere Menschen wichtige Ressourcen ein, um eine für alle lebenswerte Zukunft mitzugestalten. Wir werden die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen stärken und digitale Teilhabebarrieren durch Unterstützungsprogramme wie den „Digitalpakt Alter“ weiter abbauen. Altersdiskriminierung wirken wir entgegen. Dazu gehören Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen sowie altersfreundliche Arbeitsmodelle und klare Regelungen, um Diskriminierung im Berufsalltag entgegenzutreten. Die Mehrgenerationenhäuser werden wir als wichtige generationenübergreifende Begegnungsorte weiter fördern. Um Wohnorte für gutes Altern zu schaffen, fördern wir modellhaft die Entwicklung innovativer und beispielgebender Konzepte für generationenübergreifende und gemeinschaftliche Wohnformen.

Wir müssen weiter aufmerksam verfolgen, wie diese Themen bearbeitet werden. Für die

bereits erfolgende Benachteiligung gibt es genügend Beispiele. Das gilt auch für den Bereich KI.

10. **Senioren-Union: Selbstbestimmungsgesetz wieder abschaffen bzw. ändern**

Koalitionsvertrag 3319 ff
*Wir werden das Gesetz über die Selbstbestimmung im Bezug auf den Geschlechts-eintrag **bis spätestens 31. Juli 2026 evaluieren**. Wir wahren die Rechte von trans- und intersexuellen Personen. Bei der Evaluation legen wir einen besonderen Fokus auf die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, die Fristsetzungen zum Wechsel des Geschlechtseintrags sowie den wirksamen Schutz von Frauen.*

Die Senioren-Union sollte auf die Durchführung der Prüfung achten und speziell mögliche negative Folgen unbedachten Handelns für Kinder und Jugendliche im Auge behalten.

11. **Senioren-Union: Alterseinsamkeit bekämpfen**

Koalitionsvertrag 3333 ff
Die Einsamkeitsstrategie werden wir weiter fortschreiben und die Arbeit bestehender Netzwerke unterstützen. Wir werden die Datenerhebung und Forschung zum Thema Einsamkeit insbesondere im Bereich der Kinder und Jugendlichen verbessern, um zielgenaue Maßnahmen zur Bekämpfung der zunehmenden Einsamkeit vom Kindesalter bis zu den Senioren zu entwickeln.

Wir müssen als Senioren-Union dafür sorgen, dass der Focus gleichermaßen auf die besonderen Probleme der Alterseinsamkeit gerichtet wird.

12. **Senioren-Union: Sicherstellung verlässlicher Gesundheits- und Pflegeversorgung**

Koalitionsvertrag 3342 ff
*Wir wollen eine **gute, bedarfsgerechte und bezahlbare medizinische und pflegerische Versorgung für die Menschen im ganzen Land sichern**. Dafür wagen wir tiefgreifende strukturelle Reformen, stabilisieren die Beiträge, sorgen für einen schnelleren Zugang zu Terminen und verbessern die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen.*
…
*Ziel ist es, die Finanzsituation zu stabilisieren und eine weitere Belastung für die Beitragszahlerinnen und -zahler zu vermeiden. Hierzu setzen wir auf ein Gesamtpaket aus strukturellen Anpassungen und kurzfristigen Maßnahmen. Ziel ist es, die seit Jahren **steigende Ausgabendynamik zu stoppen** und die strukturelle Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schließen.*
Wir wollen die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung auch langfristig stabilisieren und zugleich eine hohe Qualität und ein hohes Niveau der Leistungen sichern. Wir wollen die Einnahmen durch ein höheres Beschäftigungsniveau vergrößern und die Kosten auf der Ausgabenseite reduzieren.
*Für diese Aufgabe werden wir eine **Kommission unter Beteiligung von Expertinnen und Experten und Sozialpartnern einrichten**. Wir wollen, dass die Kommission die gesundheitspolitischen Vorhaben dieses Koalitionsvertrags in der Gesamtwirkung betrachtet und **bis zum Frühjahr 2027** Ableitungen trifft und konkrete weitere Maßnahmen*

vorschlägt.
...
Krankheitsvermeidung, Gesundheitsförderung und ***Prävention*** *spielen für uns eine wichtige Rolle*
...
Zu einer möglichst zielgerichteten Versorgung der Patientinnen und Patienten und für eine schnellere Terminvergabe setzen wir auf ein ***verbindliches Primärarztsystem bei freier Arztwahl durch Haus- und Kinderärzte in der Hausarztzentrierten Versorgung*** *und im Kollektivvertrag.*
…
Wir entwickeln eine ***qualitative, bedarfsgerechte und praxistaugliche Krankenhauslandschaft*** *aufbauend auf der Krankenhausreform der letzten Legislaturperiode fort und regeln dies gesetzlich* ***bis zum Sommer 2025****. Wir ermöglichen den Ländern zur Sicherstellung der Grund- (Innere, Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe) und Notfallversorgung der Menschen besonders im ländlichen Raum.*
…
Die Lücke bei den Sofort-Transformationskosten aus den Jahren 2022 und 2023 sowie den bisher für die GKV vorgesehenen Anteil für den Transformationsfonds für Krankenhäuser ***finanzieren wir aus dem Sondervermögen Infrastruktur****.*
…
Pflegereform *und Bund-Länder-Kommission*
Die Bewältigung der stetig wachsenden Herausforderungen in der Pflege und für die Pflegeversicherung ist eine Generationenaufgabe. Auch dieser Herausforderung wollen wir mit einem Mix aus kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen begegnen.
Die strukturellen langfristigen Herausforderungen werden mit einer ***großen Pflegereform angehen.***
Ziele der Reform sind, die ***nachhaltige Finanzierung und Finanzierbarkeit*** *der Pflegeversicherung zu sichern sowie eine Stärkung der ambulanten und häuslichen Pflege. Ferner wollen wir damit gewährleisten, dass Leistungen der Pflegeversicherung von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen einfach und bürokratiearm in Anspruch genommen werden können.*
Die Grundlagen der Reform soll eine ***Bund-Länder-Arbeitsgruppe*** *auf Ministerebene unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände erarbeiten. Zum Arbeitsauftrag der Kommission gehört insbesondere die Prüfung von:*
- Leistungsumfang, Ausdifferenzierung der Leistungsarten,
- Bündelung und Fokussierung der Leistungen,
- Möglichkeiten zur Stärkung der pflegenden Angehörigen,
- Schaffung von Angeboten für pflegerische Akutsituationen,
- Stärkung der sektorübergreifenden pflegerischen Versorgung und Übernahme von Modellprojekten (wie zum Beispiel „stambulant“) in die Regelversorgung,
- Anreize für eigenverantwortliche Vorsorge
- Nachhaltigkeitsfaktoren (wie beispielsweise die Einführung einer Karenzzeit),
- Verortung versicherungsfremder Leistungen wie die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige und die Ausbildungsumlage,
- Begrenzung der pflegebedingten Eigenanteile.
Die Kommission legt ihre ***Ergebnisse noch 2025*** *vor.*

Das Thema muss nach wie vor einen Schwerpunkt in der Arbeit der Senioren-Union bilden. Wir müssen uns in die geplante Kommission einbringen. Vorrangig geht es darum, die Kosten im Rahmen zu halten, Bezahlbarkeit der Pflegeleistungen sicherzustellen

und nicht zum Armutsrisiko werden zu lassen.

13. **Senioren-Union: Cannabisfreigabe wieder aufheben**

Koalitionsvertrag 2857 ff
Im Herbst 2025 führen wir eine ergebnisoffene Evaluierung des Gesetzes zur Legalisierung von Cannabis durch.

Die Absicht einer Überprüfung im Herbst 2025 sollte von der Senioren-Union zeitgerecht angemahnt werden. Der Blick der Älteren richtet sich auf das Wohl der nachwachsenden Generationen.

14. **Senioren-Union: Weil Sicherheit wichtig ist, eine Politik für eine Bundeswehr, die - personell und materiell gut ausgerüstet - unsere Bündnisverpflichtungen und die Aufgaben der Heimatverteidigung zuverlässig erfüllen kann, die Freiheit und Sicherheit der Menschen in unserem Land gewährleistet**

Koalitionsvertrag 3956 ff, 4149 ff
Das Ziel unserer Außen- und Sicherheitspolitik ist die Bewahrung eines Friedens in Freiheit und Sicherheit. Zur Bewahrung dieses Friedens müssen wir unserer Verantwortung zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit gerecht werden. Dabei leitet uns der Grundsatz: Wir wollen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen.
…
Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges müssen Deutschland und Europa in der Lage sein, ihre Sicherheit deutlich umfassender selbst zu gewährleisten. Wir werden sämtliche Voraussetzungen schaffen, damit die Bundeswehr die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung uneingeschränkt erfüllen kann. Unser Ziel ist es, dass die Bundeswehr einen zentralen Beitrag zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO leistet und zu einem Vorbild im Kreis unserer Verbündeten wird. Die beschriebene Bedrohungslage zwingt uns mit dem Ziel der Abschreckung zur Erhöhung unserer Verteidigungsausgaben. Unser langfristiges Ziel bleibt das Bekenntnis zu Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie Abrüstung.
…
Wir schaffen einen neuen attraktiven Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert. Für die neue Ausgestaltung dieses Dienstes sind die Kriterien Attraktivität, Sinnhaftigkeit und Beitrag zur Aufwuchsfähigkeit leitend. Wertschätzung durch anspruchsvollen Dienst, verbunden mit Qualifikationsmöglichkeiten, werden die Bereitschaft zum Wehrdienst dauerhaft steigern. Wir orientieren uns dabei am schwedischen Wehrdienstmodell. Wir werden noch in diesem Jahr die Voraussetzungen für eine Wehrerfassung und Wehrüberwachung schaffen.

Deutschland befindet sich in einer Phase sicherheitspolitischer Neuausrichtung, die durch die Entwicklung einer umfassenden Nationalen Sicherheitsstrategie, massiv erhöhte Verteidigungsausgaben und verstärkte internationale Kooperation gekennzeichnet ist.
Innerhalb des NATO-Bündnisses ist sicher, dass die europäischen Mitgliedsländer zukünftig erheblich mehr an Verteidigungsaus- und aufgaben leisten müssen. Das sog. 2%-Ziel wird nicht ausreichen.
Die Diskussionen über die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ oder neue Formen eines allgemeinen Wehrdienstes haben bisher zu

keinem Ergebnis geführt. Durchsetzen konnte sich die SPD mit ihren Vorbehalten gegen eine Wehrpflicht.
Im Vertrag steht nun, dass man einen „neuen attraktiven Wehrdienst" schaffen wolle, „der zunächst auf Freiwilligkeit basiert". Die Union hatte eigentlich die ausgesetzte Wehrpflicht für Männer wieder einsetzen wollen. Nun heißt es, man wolle sich am schwedischen Wehrdienstmodell orientieren und noch in diesem Jahr „die Voraussetzungen für eine Wehrerfassung und Wehrüberwachung schaffen".

15. **Senioren-Union: Illegale Migration begrenzen**

beabsichtigt lt. Koalitionsvertrag
• *Zurückweisungen an unseren Staatsgrenzen auch bei Asylgesuchen in Abstimmung mit Nachbarn*
• *Zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte*
• *Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten*
• *Rückführungsoffensive unter anderem durch Ausweitung der Kompetenzen der Bundespolizei, Zentralisierung der Zuständigkeiten bei Dublin-Überstellungen beim Bund und deutliche Erhöhung der Kapazitäten für Abschiebehaft*
• *Umfassende gesetzliche Regelungen, um die Zahl der Rückführungen zu steigern*
• *Erhöhung der Rücknahmebereitschaft von Herkunftsstaaten, auch durch den Einsatz von Visa-Vergabe, Entwicklungszusammenarbeit, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als Hebel*
• *Keine „Turbo-Einbürgerung" nach drei Jahren: Der deutsche Pass steht am Ende einer erfolgreichen Integration, nicht am Anfang*
• *Konsequente Umsetzung der Leistungsabsenkungen für Ausreisepflichtige*
• *Flüchtlinge aus der Ukraine, die nach dem 1. April 2025 einreisen, sollen wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten*
• *Abschiebungen auch nach Afghanistan und Syrien*
• *Möglichkeit für dauerhaften Ausreisearrest für ausreisepflichtige Gefährder und Täter schwerer Straftaten nach Haftverbüßung, bis die freiwillige Ausreise oder die Rückführung erfolgt*
• *Vorantreiben eines restriktiveren Asylkurses in Europa,*

Eine Durchsetzung der vorgenannten Aufzählungen würde Forderungen aus der Senioren-Union entsprechen.

Claus Bernhold
Künzelsau - Schloss Stetten, 12. April 2025